

# Stadt soll für Beratungsstellen mehr zahlen

Für die Finanzierung wurde offenbar Kompromiss gefunden: Schwerin soll dafür pro Jahr 330 000 Euro zur Verfügung stellen

Christian Koepke

Für die Finanzierung der sozialen Beratungsstellen in Schwerin ist offenbar ein Kompromiss gefunden. 330 000 Euro wird die Stadt voraussichtlich im kommenden Jahr für die Allgemeine Soziale Beratung, die Ehe-, Familien- und Lebensberatung, die Sucht- und die Schuldnerberatung zur Verfügung stellen - genauso viel wie das Land. Einstimmig votierte der Hauptausschuss in seiner jüngsten Sitzung für einen entsprechenden Antrag der SPD. In ihrer Vorlage hatte die Verwaltung zunächst einen kommunalen Zuschuss in Höhe von lediglich 289 000 Euro angesetzt. Das letzte Wort spricht nun die Stadtvertretung.

Hintergrund der Entscheidung: Der zweite Teil des sogenannten Wohlfahrtsfinanzierungs- und Transparenzgesetzes, der am 1. Januar 2022 in Kraft tritt und eine geänderte Förderstrategie des Landes vorsieht. Das Land orientiert sich künftig an Einwohnerzahlen und stellt nur noch so viel finanzielle Mittel zur Ver-



Machten im Sommer auf die schwierige Situation der Beratungsstellen aufmerksam: Jürgen Stobbe von der Diakonie Westmecklenburg-Schwerin, Katrin Kuphal von der Evangelischen Suchtkrankenhilfe MV, Kirsten Balzer vom Diakoniewerk im nördlichen Mecklenburg, Olaf Hagen von der Sozial-Diakonischen Arbeit - Evangelischen Jugend und Landespastor Paul Philipps (v.l.) Foto: Archiv/Koepke

fügung, wie die Kommunen ihrerseits aufbringen. Im Klartext: Gibt die Stadt Schwerin weniger Geld für die Beratungsstellen aus, erhält sie auch weniger Geld vom Land.

Trotz des einstimmigen Votums war die Diskussion im Ausschuss durchaus kontrovers. Etwa jeder vierte Hilfe-

suchende, der sich einen Termin in einer Beratungsstelle in Schwerin hole, komme nicht aus der Landeshauptstadt, sondern aus dem Umland, gab Manfred Strauß von den Unabhängigen Bürgern zu bedenken. Das müsse bei der Finanzierung berücksichtigt werden. Tatsächlich gebe das neue

Gesetz der Stadt in dieser Hinsicht einen Spielraum, erklärte Sozialdezernent Andreas Ruhl. Jeder Bürger, ob aus Schwerin oder dem Umland, müsse die Hilfe bekommen, die er benötige, sagte SPD-Stadtvertreterin Mandy Pfeifer. Erforderlich seien deshalb Kooperationsvereinbarun-

gen mit den umliegenden Kreisen. „Wir werden unseren Antrag dahingehend noch erweitern“, kündigte Pfeifer an. Zugleich stellte sie klar, warum ihre Partei aktuell schon einen städtischen Zuschuss von 330 000 Euro fordere. „Eine Förderung in Höhe von 289 000 Euro, wie von der Verwaltung vorge-

schlagen, würde einen Abbau von Stellen bedeuten.“

Auch Regina Dorfmann von den Bündnisgrünen nannte die Verwaltungsvorlage „realitätsfern“. Sie hoffe ebenfalls auf Kooperationsvereinbarungen mit den Nachbarkreisen, betonte Dorfmann. Die Linken hatten in einem eigenen Vorstoß einen städtischen Zuschuss von 355 000 Euro gefordert, unterstützten jetzt aber den SPD-Antrag.

Katrin Kuphal, Geschäftsführerin der Evangelischen Suchtkrankenhilfe MV, die etwa die Suchtberatung in der Ferdinand-Schultz-Straße anbietet, sprach von einer „Übergangslösung“. Nach ihren Angaben hat das Land die Beratungsstellen in Schwerin in diesem Jahr noch mit 396 000 Euro gefördert. Die Stadt habe bislang 289 000 Euro ausgegeben. Insgesamt hätten also 685 000 Euro zur Verfügung gestanden, zuzüglich der Eigenanteile der Träger. Wenn Land und Stadt nun jeweils 330 000 Euro zahlten, fehlten unterm Strich 25 000 Euro, rechnet die Geschäftsführerin vor. Dabei reiche schon die bisherige Förderung kaum.